



Antwort zur Anfrage Nr. 0259/2013 der Stadtratsfraktion BÜRGERBEWEGUNG PRO MAINZ betreffend **Kostenentwicklung für die Stadt Mainz wegen neuer Rundfunkgebühren (PRO MAINZ)**

Die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

1. Welchen Beitrag hat die Stadt Mainz bisher als GEZ-Gebühr bezahlt?

Die Ermittlung des bisherigen jährlichen GEZ-Gesamtbetrages der Stadt Mainz gestaltet sich aufgrund der komplizierten Gebührenordnung bezogen auf die Zahl der Geräte in den unterschiedlichen Dienststellen kompliziert. Die Rundfunkgebühren werden aus dem Budget der jeweiligen Ämter beglichen. Hinzu kommt, dass sich in der öffentlichen Berichterstattung der vergangenen Tage die Zahlen aus anderen Kommunen teils nur auf den Haushalt, teils aber auch auf den jeweiligen Konzern Stadt bezogen. Zum Zeitpunkt der öffentlichen Diskussion des Themas in der letzten Woche lag zunächst nur die auf das Hauptamt bezogene Summe von rund 2.800 Euro pro Jahr vor. Einer ersten überschlägigen Kalkulation folgend geht die Verwaltung alle Dienststellen zusammengenommen bis einschließlich 2012 von durchschnittlichen jährlichen Gesamtkosten in Höhe von bislang rund 17.000 Euro für die gesamte Stadtverwaltung (ohne Eigenbetriebe) aus.

2. Wie hoch ist der neue, ab 01. Januar 2013, zu zahlende Rundfunkbeitrag für die Stadt Mainz?

Wie hoch der tatsächlich zu zahlende Rundfunkbeitrag ab 2013 wäre, lässt sich ebenfalls im Augenblick nicht konkret sagen. Hintergrund sind laut Presseberichten die laufenden Verhandlungen zwischen GEZ und dem Deutschen Städtetag sowie dem Deutschen Städte- und Gemeindebund. Da sich aus diesen Gesprächen offenbar noch relevante Veränderungen ergeben können, unterstützt die Stadtverwaltung den Protest des Städtetages und wartet zunächst den Ausgang der Verhandlungen und gegebenenfalls eine erste Rechnungsstellung nach dem neuen Verfahren ab. Sollte es wider Erwarten zu keinen Veränderungen kommen, müsste die Verwaltung aufgrund der Zahl der Betriebsstätten (darunter ab 2013 auch die Kindertagesstätten) von jährlichen Gesamtkosten in Höhe von ca. 38.500 Euro (ohne Eigenbetriebe) ausgehen.

3. Schließt sich die Verwaltung dem Vorgehen der Stadt Köln an, bis auf Weiteres keine Rundfunkgebühr zu zahlen?

Nein. Die Stadt Köln hat wenige Stunden nach Bekanntwerden ihrer Zahlungsverweigerung die Boykottankündigung zurückgezogen. Offenbar finden zurzeit Gespräche zwischen der Stadt und dem ortsansässigen WDR statt. Offen ist jedoch, welche Relevanz der Ausgang dieser Gespräche für die GEZ und für andere Kommunen hat und wie der Deutsche Städtetag in die Verhandlungen eingebunden ist. Die Stadt Mainz sieht sich durch den Vorgang in ihrer Haltung bestätigt, bezüglich der Festsetzung und Zahlung künftiger Rundfunkbeiträge zunächst die weitere Entwicklung abzuwarten (s. o.).

4. Welche Maßnahmen ergreift die Stadt Mainz, um gegen die neuen, voraussichtlich höheren Rundfunkgebühren vorzugehen?

S. Antwort zu 3.

Mainz, 06.02.2013
gez.

Michael Ebling